

Bekanntnis zur Ortsumgehung auf dem Plan

DISKUSSION Die FDP in der Stadt Waren will trotz des massiven Widerstands zweier Bürgerinitiativen ein Votum für die Verkehrsentslastung des Luftkurortes.

VON THOMAS BEIGANG

WAREN. In der Kreisstadt brodelt es. Spätestens seit sich im April eine zweite Bürgerinitiative gegründet hat, die sich die Ablehnung der Ortsumgehungen auf die Fahne geschrieben hat, ist wieder Bewegung in die Sache gekommen. Nicht nur, weil „schon“ im nächsten Herbst der Start des vorgeschriebenen Raumordnungsverfahrens vorgesehen ist, sind auch die gewählten Stadtvertreter auf das brisante Thema aufmerksam geworden. Sondern, weil jede der vier alternativen Streckenführungen genügend Brisanz in sich birgt, um die Bürger auf die Barrikaden zu bringen.

Männer wie der Stadtpräsident Norbert Möller (SPD), Hans-Jürgen Kersten (CDU) oder der FDP-Fraktionsvorsitzende Toralf Schnur haben das vor wenigen Wochen am eigenen Leib verspürt, als sie einer gemeinsamen Versammlung der zwei Bürgerinitiativen beiwohnten. Zumindest Möller, der den Widerstand gegen die Ortsumgehung sehr wohl registrierte, musste danach gestehen, dass dieses Thema eine alleinige Entscheidung der Stadtvertretung überfordere. Geradezu klassisch, befand der Stadtpräsident, würde sich das in einer Bürgerbefragung regeln lassen können.

Denn der einmütige Beschluss, dass sich die Stadt Waren zu einer Ortsumgehung bekennt, stammt schon aus dem Jahr 1992. Wenn sich die Bürger mehrheitlich für eine Variante oder gegen eine Umgehung aussprechen, habe das für die Entscheidungsfindung ein

ganz anderes Gewicht als ein Entschluss der Stadtvertretung, so Möller.

Aber erst sind die Stadtvertreter gefragt, so lautete eine der Forderungen der Bürgerinitiativen. Toralf Schnur nimmt das für seine Fraktion in Anspruch. Morgen Abend während der Stadtvertreterversammlung sollen die Abgeordneten beschließen, dass sie am langfristigen Ziel festhalten, mit dem Bau einer Ortsumgehung die Stadt vom Lärm zu befreien, verlangen die Liberalen Warens. „Trotz der massiven Diskussionen in der Öffentlichkeit“, heißt es in dem FDP-Antrag.

Andere wissen nicht so recht, was sie von dem Antrag halten sollen. Rüdiger Prehn, Fraktionschef der Linken, vermag nach eigener Auskunft noch nicht einzuschätzen, was die FDP mit dem Antrag bezweckt. „Es gibt doch schon einen Beschluss der Stadtvertretung. Der ist zwar schon 19 Jahre alt, aber immer noch gültig“, so Prehn. Er macht auch darauf aufmerksam, dass der Bau der Umgehung, egal, welche Variante am Ende den Vorzug erhält, nicht in den

Händen der Stadt liegt. „Dies ist eine Bundesstraße, darüber entscheidet der Bund, der am Ende ja auch bezahlt.“

„Mehr Informationen“, verlangen jedoch die beiden Bürgerinitiativen. Dies ist jedoch, so der Antrag der FDP, mit dem sie einen neuen

Beschluss zur Ortsumgehung erzwingen will, nicht notwendig. Bereits das derzeit vorhandene Zahlenmaterial über Verkehrsströme und Lärm lasse erkennen, dass der Bedarf für eine Ortsumgehung, unabhängig von der Linienführung, vorhanden sei.

Und auch Warens Bauamtschef Gunter Lüdde, der während der jüngsten Versammlung beider Bürgerinitiativen über das Procedere der Planungen und anstehenden Verfahren aufklärte, hat dazu seine eigene Meinung vertreten: „Auch wenn der Verkehr nicht weiter zunimmt, ein Problem bleibt: der Lärm“.

Morgen Abend sollen die Stadtvertreter beschließen, ob sie noch dafür oder jetzt dagegen sind.